

Liebe Leserinnen und Leser,

ich habe eine intensive Woche hinter mir - wir haben im Europäischen Parlament verhandelt, debattiert und über zahlreiche Dossiers abgestimmt.

Bedeutend war insbesondere die Debatte zur Unterstützung der Ukraine. Schließlich wird der Krieg in der Ukraine am Boden entschieden und die finanzielle und materielle Unterstützung wird weiterhin dringend benötigt. Ich bin überzeugt davon, dass Bundeskanzler Scholz seine Taurus-Blockade endlich aufgeben muss! Letzte Woche hat Viktor Orbán im Rahmen des EU-Sondergipfels endlich seine Blockadehaltung gegen zusätzliche EU-Mittel für die Ukraine aufgegeben. Das war längst überfällig!



Außerdem hat die Zusammenarbeit der lettischen Abgeordneten Tatjana Ždanoka mit dem russischen Geheimdienst FSB für Aufregung gesorgt. Jahrelang hat die Politikerin und ehemalige Abgeordnete der Grünen mit dem FSB zusammengearbeitet, um im Baltikum gute Stimmung für den Kreml zu machen. Die Medienberichte sind schockierend! Sowohl das Europäische Parlament als auch die Grünen-Fraktion müssen diesen Fall so schnell wie möglich aufarbeiten! Es ist vollkommen inakzeptabel, dass der lange Arm des Kremls bis ins Europäische Parlament reicht.

Ich selbst habe diese Woche viel zum Thema Dentalamalgam und Quecksilber verhandelt. Als Berichterstatterin des Parlaments war es meine Aufgabe das Verhandlungsmandat zu verteidigen. Wir haben sehr gute Erfolge erzielt und Dentalamalgam soll ab dem 1. Januar 2025 für einen Großteil der Bevölkerung verboten werden. Einige Staaten haben jedoch eine Ausnahmeregelung bekommen, damit dieses Verbot nicht zu Versorgungsproblemen führt. Denn so eine ambitionierte Entscheidung darf nicht dazu führen, dass Menschen die sich keine Alternativen leisten können am Ende keine adäquate Versorgung erhalten. Ich bin froh, dass wir diese Einigung erreichen konnten und bin mir sicher, dass dieser Schritt wichtig für eine quecksilberfreie Zukunft ist!

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Trilogieinigung zur Quecksilberverordnung

Die Unterhändler des Europaparlaments und der Mitgliedstaaten haben sich am Vormittag im Trilog auf eine Überarbeitung der EU-Quecksilberverordnung, bei der es u.a. um die weitere Verwendung von Zahnamalgam ging, geeinigt. Dazu erklärt **Marlene Mortler (CSU)**, Berichterstatterin des Europaparlaments:

„Nach einer intensiven Verhandlungswoche konnten wir heute eine Einigung zum Verbot von Zahnamalgam erzielen. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu einer quecksilberfreien Zukunft. Ich bin sehr zufrieden mit dem Ergebnis - denn damit haben wir sichergestellt, dass quecksilberhaltiges Zahnamalgam nur noch in medizinisch notwendigen Fällen angewandt werden darf. Dabei haben zwei Staaten eine Ausnahmeregelung erhalten, um die sozioökonomischen Folgen des Amalgamausstiegs abzuschwächen. Schließlich darf das Verbot von Zahnamalgam nicht bedeuten, dass einkommensschwache EU-Bürger sich in diesen Ländern keine adäquaten Zahnbehandlungen mehr leisten können.“

Ein weiterer zentraler Punkt dieser Einigung ist die Entscheidung, dass quecksilberhaltige Lampen nur noch bis zum 31. Dezember 2026 in Länder außerhalb der EU exportiert werden dürfen. Damit stellen wir sicher, dass in der EU bereits verbotene Produkte nicht in Drittstaaten verkauft werden und dort umweltschädliche Folgen haben.“

Abstimmung über neue genomische Techniken (NGTs)

Das Europäische Parlament hat sich am 7. Februar zur Regulierung von Pflanzen, die mit neuen genomischen Techniken (NGTs) gewonnen wurden, positioniert. Dazu erklärt **Peter Liese (CDU)**, umwelt- und klimapolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Der heutige Beschluss des Europäischen Parlaments zu den neuen Züchtungsmethoden gibt unseren Landwirten neue Chancen. Es können sehr gezielt Eigenschaften wie Klima- oder Schädlingsresistenz erreicht werden. Pflanzen mit positiven gesundheitlichen Eigenschaften können gezielter und schneller auf den Markt gebracht werden. Als Arzt, der sich in seiner Doktorarbeit intensiv mit Gentechnik auseinandergesetzt hat, sehe ich keine unverantwortlichen Risiken für Mensch und Umwelt, da keine fremden Gene eingeführt werden. In der sogenannten natürlichen Pflanzenzucht wird das Saatgut oft mit Gammastrahlen bestrahlt, ohne dass sich darüber jemand aufregt. Gezielte Veränderung durch die Genschere Crispr-Cas halte ich hier für sinnvoller. Das Parlament hat viele Bedenken aufgenommen, zum Beispiel wird das Saatgut gekennzeichnet und der Biosektor wird auf eigenen Wunsch von der neuen Technik ausgenommen. Ich hoffe, dass der Ministerrat jetzt endlich zu einer Einigung kommt, damit unsere Landwirte die Technik, die in fast allen anderen Ländern der Welt schon zum Standard gehört, endlich auch nutzen können.“

Ratsabstimmung zum Lieferkettengesetz verschoben

Zur Verschiebung der Abstimmung im Rat über das europäische Lieferkettengesetz erklären:

Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:

„Die Stimmung im Rat war eindeutig, ebenso das Manöver der belgischen Ratspräsidentschaft. Das Lieferkettengesetz wäre heute abgelehnt worden. Allein aus diesem Grund hat die belgische Ratspräsidentschaft das Dossier von der Tagesordnung genommen. Hier wird durch Verzögerung versucht, die Kritiker auf den letzten Metern noch weichzukochen. Ich kann nur hoffen, dass dieses Manöver scheitert. Es ist traurig mitanzusehen, wie sehr das Ansehen Deutschlands in Europa unter dem Schlingerkurs der Ampel gelitten hat.“

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Es ist äußerst bedauerlich, dass die Mitgliedstaaten heute nicht über das Lieferkettengesetz abgestimmt haben. Es hätte mich sehr gefreut, wenn dieses Lieferkettengesetz vom Tisch gewesen wäre, denn es wird zu massiven Belastungen für unseren Mittelstand und unsere kleinen Betriebe führen. Allein der Anwendungsbereich geht weit über das deutsche Lieferkettengesetz hinaus. Die Ampelmacht mit ihren Selbstblockaden eine schlechte Figur. Wenn wir noch weiter Glaubwürdigkeit und Einfluss in Brüssel verspielen wollen, muss die Bundesregierung nur so weitermachen. Diese Kehrwenden-Politik schadet dem Standort Deutschland.“

--

Zur Ablehnung der FDP des europäischen Lieferkettengesetzes erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Wieder einmal steht die Ampel in Brüssel blamiert da. Sie hat erneut keine gemeinsame Position beim europäischen Lieferkettengesetz. Dennoch ist es gut, dass wenigstens die FDP in Berlin zur Vernunft gekommen ist und dem europäischen Lieferkettengesetz jetzt den Stecker zieht. Man kann nur hoffen, dass weitere Länder ebenfalls Stellung beziehen und eine Annahme des Gesetzes im Rat verhindern werden.“

Von Anfang an haben wir davor gewarnt, dass das europäische Lieferkettengesetz zu großen bürokratischen Belastungen für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen führen wird. In zentralen Punkten geht es weit über das deutsche Lieferkettengesetz mit seinen aufwändigen Auflagen hinaus. Das EU-Gesetz, wie es jetzt auf dem Tisch liegt, gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa. Schon jetzt sind unsere Betriebe durch hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und Engpässe in den Lieferketten extrem belastet. Zudem ist fraglich, ob der Schutz der Menschenrechte und der Umwelt durch dieses Gesetz tatsächlich weltweit stärker durchgesetzt wird. Unternehmen könnten sich aufgrund der Vorlagen auch aus Entwicklungsländern zurückziehen. Wenn Unternehmen aus anderen Ländern, wie beispielsweise China, diese Lücken füllen, wäre am Ende niemandem geholfen.“

Positionierung der Bundesregierung zu CO₂-Standards

Nach Medienberichten hat sich die Bundesregierung auf eine einheitliche Positionierung zu den CO₂-Standards LKW, Busse, Anhänger und Auflieger geeinigt. Sie plant diesem Gesetz mit Änderungen im Rat zuzustimmen. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter der EVP-Fraktion für das Dossier:

"Die Methode Wissing versagt erneut. In letzter Minute vor der entscheidenden Abstimmung im Rat eine Wiederöffnung des Trilogs zu fordern ist nichts anderes als politisches Harakiri. Die anderen Mitgliedstaaten werden Deutschlands Last Minute Wünsche kaum mitmachen. Wissing zeigt damit erneut seine Unkenntnis der europäischen Entscheidungsprozesse und lässt sich von seinen Koalitionspartnern über den Tisch ziehen. Die Bundesregierung verspielt so Deutschlands Ansehen in der EU. Gesetzgebung in der EU gestaltet man von Beginn an mit, nicht erst in letzter Minute.

CDU und CSU haben in diesem Gesetzgebungsverfahren von Anfang klare Position für Technologieoffenheit und für E-Fuels bezogen. Von Volker Wissing war in all dieser Zeit nichts zu hören, in seiner Renew Fraktion hat die FDP allenfalls marginalen Einfluss und das grüne Bundesumweltministerium hat dieses schlechte Gesetz fleißig mitgestaltet. Wissing knickt erneut ein und wird im Endeffekt wieder mit leeren Händen dastehen.

Unabhängig davon bleibt es richtig, die Tür für E-Fuels offen zu halten. Ein Gesetz, das technologisch ohne Rückfalloptionen alles auf eine Karte setzt, ist kein gutes Gesetz. Wir werden im Europäischen Parlament deshalb dagegen stimmen."

Ankündigung zu zusätzlichem Klimaziel von 90% für 2040

Die EU-Kommission hat am 6. Februar die Einführung eines zusätzlichen Klimaziels von 90% für 2040 empfohlen. Dazu erklären:

Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament:

"Wir wollen Europa bis 2050 klimaneutral machen. Dies wollen und können wir schaffen, wenn wir heute die richtigen Weichen stellen und vor allem Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Landwirte und Landwirtinnen und die gesamte Gesellschaft auf diesem Weg mitnehmen. Wir wollen zeigen, dass beides geht, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit. Ein zusätzliches Zwischenziel für 2040 ist dennoch höchst ambitioniert. Erst nach Einführung der bereits beschlossenen Maßnahmen wie zum Beispiel dem neuen, erweiterten Emissionshandel wird sich wirklich zeigen, ob wir bereits 2040 so weit sein können. Wir stehen für eine Klimapolitik mit Augenmaß und marktwirtschaftliche Lösungen statt Zwang und Verbote. Dies unterscheidet uns von unseren grünen und sozialdemokratischen Mitbewerbern."

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Die Klimaneutralität 2050 ist und bleibt unser Ziel. Bereits die heutigen Nöte der Industrie oder die Bauernproteste zeigen dass dies bis 2050 kein Spaziergang wird, sondern eher mit einem Ultra-Marathon zu vergleichen ist. Eine weiteres Zwischenziel für 2040 verschärft den Handlungsdruck zusätzlich. Entscheidend ist, dass auch andere Regionen mitziehen und wir alle Anstrengungen unternehmen, andere Länder davon zu überzeugen ihren Beitrag zu leisten. Wir werden den Klimawandel nicht alleine bekämpfen können."

Trilogieinigung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt

Zur Trilogie-Einigung über die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt erklärt **Christine Schneider (CDU)**, Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter:

„Ich begrüße diese Einigung. Die Frauenrechte werden gestärkt und durch die neuen europäischen Mindeststandards werden Frauen europaweit besser geschützt, insbesondere gegen digitalen Missbrauch wie Cyberstalking oder die unbefugte Verbreitung illegaler Bilder, einschließlich Deepfakes.

Auch die Einstufung von Zwangsehen und weiblicher Genitalverstümmelung als Straftaten ist völlig richtig und war längst überfällig.

Dass die FDP auch diese Richtlinie gekapert hat und dadurch eine entscheidende Abschwächung durchsetzen konnte, ist ein weiteres Beispiel für den Zerfallprozess und die Zersplittertheit der Ampel.“

Gegenseitige Anerkennung von Führerscheinentzug

Das Plenum hat am 6. Februar über eine neue Richtlinie abgestimmt, welche die gegenseitige Anerkennung des Führerscheinentzugs nach schweren Verkehrsverstößen erleichtern soll. Dazu erklärt **Markus Ferber (CSU)**, stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss und Berichterstatter der EVP-Fraktion für das Dossier:

„Wer ein gravierendes Verkehrsdelikt begeht und seinen Führerschein verliert, darf nicht im Nachbarland weiterrassen. Der Entzug des Führerscheins muss auch grenzüberschreitend funktionieren. Dass das in einem integrierten Binnenmarkt noch immer nicht möglich ist, ist kaum vermittelbar. Das neue Regelwerk wäre ein Gewinn für die Verkehrssicherheit. Wenn wir aber wollen, dass das Regelwerk auch Gesetz wird, dürfen wir nicht überziehen.

Das neue Regelwerk muss klar verständlich und verhältnismäßig sein, andernfalls wird es keine Akzeptanz finden. Es geht nicht um ortsunkundige Fahrer, die ein wenig zu schnell in eine schlecht ausgeschilderte Dreißigerzone fahren, sondern um schwere Verkehrsverstöße, die Leib und Leben gefährden. Dass Grüne und Sozialdemokraten selbst in solchen Grenzfällen den Führerscheinentzug wollen, ist weder verhältnismäßig noch vermittelbar. Dass die Ampel-Parteien im Europäischen Parlament das Dossier mit sachfremden Erwägungen wie der Forderung nach einem europaweiten Punktesystem überladen wollten, ist nicht zielführend. Ein europaweites Punktesystem würde einen ganzen Rattenschwanz an rechtlichen Problemen mit sich bringen. Wer so etwas einfordert, will das Dossier faktisch auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben.

Das neue Regelwerk bedeutet mehr Verkehrssicherheit in der ganzen EU - dem dürfen sich die Mitgliedstaaten nicht verschließen. Es ist beschämend, dass im Rat bisher kaum mit der Arbeit begonnen wurde.“

Verordnung über Sofortüberweisungen

Zur heutigen Annahme der Verordnung zu Sofort-Überweisungen erklärt **Markus Ferber (CSU)** wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Schnell, günstig und sicher - das ist die heilige Dreifaltigkeit im Zahlungsverkehr. Mit der Verordnung über Sofortüberweisungen kommt der europäische Zahlungsverkehr in der Zukunft an. Es ist im 21. Jahrhundert schlichtweg nicht mehr zeitgemäß, wenn wir die Zahlungsabwicklung in Tagen und Stunden messen müssen - künftig reden wir über Sekunden.

Die neue Verordnung stellt eine Zeitenwende im Zahlungsverkehr dar. Der Quantensprung ist ähnlich groß wie der Sprung von der Postkutsche zur E-Mail. Gut ist, dass dafür eine maximal verbraucherfreundliche Lösung gefunden wurde. Echtzeitüberweisungen werden zu denselben Konditionen angeboten wie reguläre Überweisungen. Banken können Sofortüberweisungen nicht mehr als Premiumdienstleistung anbieten und extra berechnen.

Trotzdem stellen sich mit der heutigen Abstimmung auch grundsätzlichere Fragen. Eines der großen Argumente für den digitalen Euro war die unmittelbare Wertstellung der Transaktionen - das Ziel haben wir mit Sofortüberweisungen bereits erreicht. Jetzt rächt es sich, dass der digitale Euro stets als Minimallösung konzipiert war. Wenn Sofortüberweisungen zum Standardfall werden, stellt sich die Frage nach dem Mehrwert des digitalen Euros umso mehr. Wozu benötigen wir eine komplett neue Zahlungsinfrastruktur, wenn uns Echtzeitüberweisungen bereits einen nahtlosen Weg bieten? Der digitale Euro ist schon veraltet, bevor er verabschiedet wurde. Die EZB muss zurück ans Reißbrett.“

Trilogieeinigung zur Ukraine-Fazilität

Die Unterhändler des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten haben sich in der Nacht auf den 6. Februar auf die Fazilität für Erholung, Wiederaufbau und Modernisierung der Ukraine ("Ukraine Fazilität") geeinigt. Dazu erklärt **Michael Gahler (CDU)**, Co-Berichtserstatter des Europaparlaments und außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Die Ukraine Fazilität sendet eine wichtige Botschaft: Die Ukraine kann auf uns zählen, Europa steht an der Seite der Ukraine. Neben der notwendigen finanziellen Unterstützung des ukrainischen Staatshaushalts werden damit die Weichen für eine wiederaufgebaute, modernisierte Ukraine gestellt. Das Europäische Parlament hat sich dabei insbesondere für die Stärkung der ukrainischen Demokratie und des Parlamentarismus, der Zivilgesellschaft und notwendigen Staatsreformen wie für eine stärkere Dezentralisierung eingesetzt. Die Ukraine Fazilität wird die Ukraine ein kleines Stück weiter in Richtung EU bringen. Und auch das Signal nach Russland ist deutlich: Über die Zukunft der Ukraine wird in Kiew entschieden, nicht in Moskau."

Trilogieeinigung zum Net-Industry-Act

Zur Trilog-Einigung zum Net-Zero Industry Act vom 6. Februar erklärt **Christian Ehler (CDU)**, Berichtserstatter des Europaparlaments und industrie- und energiepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Endlich haben wir einen Rahmen, damit der Green Deal für unsere Industrie funktioniert. Das Net-Zero Industry Act kann den amerikanischen Inflation Reduction Act zwar nicht widerspiegeln, aber er kann Europa als Standort und Investitionsort für unsere Industrie attraktiver machen. Er ist das starke Signal, dass wir die regulatorische Belastung unserer Industrie ernst nehmen und eine industrielle Erneuerung in Europa wollen.

Ich freue mich besonders, dass wir die Mitgliedstaaten davon überzeugen konnten, dass wir die Genehmigungsverfahren in Europa radikal ändern müssen. Wir können und müssen schneller werden. In diesem Zusammenhang werden die Net-Zero Acceleration Valleys besonders nützlich sein, da Mitgliedstaaten in diesen Gebieten verpflichtet sind, Umweltverträglichkeitsprüfungen zu beschleunigen und zu vereinfachen, um Investitionen zu erleichtern. Dies wird die Belastung für die Industrie erheblich verringern. Bund und Länder sind nun gefordert, diese große Chance für die Förderung moderner Technologien zu nutzen.“

Trilogieinigung zum Recht auf Reparatur

Zur Trilogieinigung zum "Recht auf Reparatur" erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Das Recht auf Reparatur kommt! Das bedeutet, dass Verbraucher Haushaltsgeräte wie Waschmaschinen und Elektrogeräte wie Smartphones oder Tablets zukünftig reparieren lassen können, statt sich ein neues Gerät kaufen zu müssen. Das haben wir gestern bei den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten entschieden.

Leider ist es nicht gelungen, die Vollharmonisierung beim Gewährleistungsrecht durchzusetzen. Es wird den Binnenmarkt nicht voranbringen, wenn die Mitgliedsstaaten unterschiedliche Garantiefrieten einführen werden. Stattdessen brauchen wir in allen Mitgliedsstaaten die gleichen Rechte, damit sich auch die Hersteller darauf einstellen können.

Für die CDU/CSU war von Anfang an wichtig, Bürokratie und unnötige Regeln zu vermeiden. Deswegen haben wir uns dafür entschieden, den Automobilssektor aus dem Anwendungsbereich heraus zu nehmen. Im Automobilssektor gibt es ja bereits einen funktionierenden Reparaturmarkt."

Ernennung von Markus Pieper zum KMU-Beauftragten der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat am 31. Januar den parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe, Markus Pieper (CDU), zum neuen Beauftragten der EU-Kommission für kleine- und mittelgroße Unternehmen (KMU) ("SME Envoy") ernannt. Dazu erklären Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Endlich bekommt die KMU-Politik in Europa ein Gesicht. Wir gratulieren Markus Pieper ganz herzlich zu seiner Ernennung zum KMU-Beauftragten der EU-Kommission. Seine jahrelange europapolitische Erfahrung und sein unermüdlicher Einsatz für kleine- und mittlere Unternehmen und den Mittelstand im allgemeinen prädestinieren ihn für diese Aufgabe. Für die deutsche sowie die europäische Wirtschaft ist Markus Piepers Ernennung eine ausgezeichnete Nachricht. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wird damit eine noch größere Rolle in der EU-Kommission spielen. Die Anbindung des Mittelstandsbeauftragten an Kommissionspräsidentin von der Leyen und Binnenmarktkommissar Breton zeigt den Stellenwert der neuen Position. Er wird ein hervorragender Ansprechpartner für die Vertreter der europäischen Wirtschaft sein.

Wir werden ihn als hochengagierten Kollegen im Europäischen Parlament vermissen und wünschen ihm für seine neue Aufgabe viel Erfolg und alles erdenklich Gute. Markus Pieper

hat in seinen 20 Jahren im Europäischen Parlament enorme Spuren hinterlassen, sei es in der Regional- und Kohäsionspolitik, in der Verkehrspolitik, als Haushaltskontrolleur oder insbesondere der Energiepolitik. Als vielfacher Berichterstatter hat er EU-Gesetzgebung maßgeblich geprägt, zuletzt die überzeugende Überarbeitung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie."

Kommission stellt Wirtschaftssicherheitsstrategie vor

Zur am 24. Januar von der EU-Kommission vorgestellten Wirtschaftssicherheitsstrategie erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel:

"Das Paket zur ökonomischen Sicherheit setzt an vielen Stellen an, die sinnvoll sind. Die zielgenaueren und strengeren Investitionskontrollen sowie die Verringerung der Abhängigkeit von einzelnen Handelspartnern durch mehr schnellere und umfassendere Handelsabkommen gehen in die richtige Richtung. Es steht außer Frage, dass die EU ihre Schlüssel-sektoren wie künstliche Intelligenz, Biotechnologie, Gentechnik oder moderne Halbleiter besser schützen muss. Nur wenn sich Europa selbstbehauptet, kann es dem wachsenden Druck auf die globale Ordnung standhalten. Das heute vorgelegte Paket wird unsere europäischen und deutschen Unternehmen, die unter massivem Anpassungsdruck stehen, unterstützen.

An anderer Stelle erzeugen wir eben diesen Anpassungsdruck aber ohne Not selbst: Die Lieferkettengesetzgebung und die CO₂-Bepreisung - Stichwort CBAM - erleichtern unternehmerische Aktivität nicht, sondern erschweren sie. Ich hätte mir gewünscht, dass der Blick bei der Erarbeitung des Pakets über den fachpolitischen Tellerrand hinausgegangen wäre und deutlich horizontaler angelegt worden wäre."

Trilogieeinigung zum Binnenmarkt-Notfallinstrument

Zur Trilog-Einigung zum Binnenmarkt-Notfallinstrument ("IMERA - Internal Market Emergency and Resilience Instrument") erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europäischen Parlamentes:

"Von heute an kann Europa eine künftige Krise besser bewältigen. Allerdings muss noch viel getan werden, um die 27 Mitgliedstaaten zu koordinieren. IMERA stärkt ein besseres Krisenmanagement, insbesondere für Personen in Grenzregionen, da die Mitgliedstaaten nicht mehr ihre "Grenzen" einfach schließen können. Hier ist jetzt eine "schwarze Liste" an absolut unzulässigen Gründen zusammengefasst, die eine Grenzschießung nicht mehr rechtfertigen. Außerdem wird die Kommission Formulare für Dienstleister und Arbeitnehmer entwickeln, damit diese auch im Krisenfall die Grenze zur Arbeit überqueren können. Dies ist der erste Schritt, um im nächsten Notfall den Grenzübertritt per QR-Code zu ermöglichen und in Richtung Digitalisierung der A1-Bescheinigung, an der die belgische Ratspräsidentschaft ebenfalls arbeitet.

IMERA wird auch die Widerstandsfähigkeit der EU fördern, indem die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten notwendige Güter beschaffen können wird und Unternehmen auffordern kann, bestimmte Güter wie z.B. Impfstoffe vorrangig herzustellen. Insgesamt

hätte sich das Europäische Parlament deutlich mehr Ambition bei der strukturellen Vorbereitung auf eine künftige Krise gewünscht. Wir sind aber am Widerstand des Ministerrates gescheitert."

Empfehlung zur Impfung gegen Krebs

Die EU-Kommission hat am 31. Januar eine Empfehlung zur Impfung gegen Krebs vorgestellt. Dazu erklärt **Peter Liese (CDU)**, gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Die heute veröffentlichte Empfehlung der EU-Kommission zur Impfung gegen Krebs ist ein wichtiger Teil des Aktionsplans gegen Krebs, den die Kommission auf Drängen meiner Fraktion auf den Weg gebracht hat. Schon heute lassen sich viele tausend Krebserkrankungen durch rechtzeitige Impfungen verhindern. Es ist wichtig, dass die Mitgliedstaaten diese Impfungen kostenlos zur Verfügung stellen und dass sie einfach und niederschwellig angeboten werden. In Zukunft wird insbesondere die mRNA-Technologie neue Möglichkeiten in diesem Bereich eröffnen."

Hintergrund:

Die EU-Kommission hat am Mittwoch eine Empfehlung zu Krebsarten, die durch Impfungen verhindert werden können, veröffentlicht. Es geht insbesondere um das Humane Papillomavirus (HPV). Das Ziel ist hier eine 90%ige Impfrate von Mädchen zu erreichen und auch die Impfung von Jungen zu erhöhen. Es gibt neue wissenschaftliche Erkenntnisse, dass die Impfung von Jungen Krebs verhindern kann. Der zweite Bereich betrifft Hepatitis B-Impfungen. Hepatitis B kann zu Leberkrebs führen, und deshalb hilft die Impfung auch hier Krebsfälle zu verhindern.

Trilogieinigung zu Lenk- und Ruhezeiten für Touristenbusse

Am Abend des 29. Januar haben sich die Unterhändler des Europaparlaments und der Mitgliedsstaaten im Trilog auf neue Regeln für die Lenk- und Ruhezeiten von Touristenbusfahrern geeinigt. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe:

„Bustouristik unterscheidet sich elementar vom Transport von Gütern. Sie ist geprägt von Saisonalität und wechselnden Gegebenheiten. Die neue Verordnung trägt diesen Umständen Rechnung. Durch die Einführung von flexibleren Lenk- und Ruhezeitregeln sorgen wir dafür, dass sowohl die Bedürfnisse der Fahrer als auch der Passagiere besser berücksichtigt werden. Das ermöglicht fairen Wettbewerb und gewährleistet Sicherheit für alle. Gleichzeitig treiben wir auch die Digitalisierung voran und vereinfachen und beschleunigen Kontrollen. Die Einigung ist ein wichtiger Schritt hin zu einem ausgewogenen Regulierungsrahmen.“

Hintergrund:

Der Vorschlag für eine Verordnung hinsichtlich der Mindestanforderungen an Mindestfahr- unterbrechungen sowie die täglichen und wöchentlichen Mindestruhezeiten im Sektor des Personengelegenenverkehrs wurde im Mai 2023 von der Kommission vorgelegt. Er ist hier [abrufbar: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023PC0256](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023PC0256)

Weitere Informationen zum Gesetzgebungsverfahren: [https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2023/0155\(COD\)&l=en](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2023/0155(COD)&l=en)

Mein Mittelfranken

CSU-Kreistagsklausur

Ende Januar haben wir uns als CSU-Kreistagsfraktion zur Klausur in Neumarkt in der Oberpfalz getroffen. Gastredner war Neumarkts Oberbürgermeister Markus Ochsenkühn. Seine politischen und persönlichen Einstellungen sind mit meinen deckungsgleich - ein toller Aha-Effekt!

Großes Kernthema waren die Haushaltsberatung 2024 und die Berichte aus der AG Haushalt und AG Abfall und der letzten Fraktionssprecherrunden.

Nach langer Diskussion und konstruktiver Arbeit gab es dann einen ganz besonderen Abschluss: Eine Führung durch Deutschlands erstes Weißwurstmuseum in Neumarkt. Metzgermeister und Museumschef Norbert Wittmann steht für Tradition und Wissen. Durch sein Museum will er Erinnerungen und Können bewahren.

Landwirtschaft heute - Ein Modell für die Zukunft?

Anfang des Jahres war ich bei der Jahreshauptversammlung der vlf Höchststadt/Aisch eingeladen, dem Verband für landwirtschaftliche Fachbildung. Mein Vortrag zum Thema „Landwirtschaft heute - Ein Modell für die Zukunft“ war als Frage und Ausruf zu sehen.

Wie sieht Landwirtschaft denn heute aus? Bauernhofidyll, dampfende Traktoren oder Picknick im Kornfeld? Was oft die Werbung suggeriert, ist weit von der Realität entfernt. Landwirt ist heute ein High-Tech-Beruf, der den Bäuerinnen und Bauern weit mehr als unternehmerisches Gespür abverlangt.

Doch viele Betriebe sind informiert und gut ausgestattet. Drohnen, Ernteroboter, Nutzung von GPS-Daten, Wetter-Apps, Drohnen und andere Datenmanagementsysteme helfen Bodenbearbeitungs- und Ernteverfahren zu optimieren.

Dazu müssen politische Entscheidungen verlässlich sein! Nicht nach dem Motto „rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“. Und die Spaltung zwischen Bio und Konventionell muss Geschichte werden!

Die Landwirtschaft und der ländliche Raum stehen vor großen Herausforderungen durch demographische Veränderungen, globale, Wettbewerbsbedingungen, Klimawandel und gesellschaftliche Erwartungen an eine umweltverträgliche, ressourcenschonende und tiergerechte Landwirtschaft mit hochwertigen Produkten.

Ich glaube daran, dass wir all das schaffen! Weil „schaft“ ja im Wort Landwirtschaft steckt!

Keine Flächenstilllegung in 2024

EU-Kommission reagiert endlich! Landwirte sollen auch 2024 keine Agrarflächen stilllegen müssen!

Die EU-Kommission bewegt sich! Sie hat den Mitgliedsstaaten am 31. Januar den Vorschlag unterbreitet, die Pflicht zur Stilllegung von 4 Prozent der betrieblichen Ackerflächen auch dieses Jahr auszusetzen.

Flexibilität und Solidarität in schwierigen Zeiten! Die Kommission geht mit dem Vorschlag auf die Landwirte zu. Denn diese sind durch hohe Energie- und Betriebsmittelpreise, Wetterextreme und auch die Inflation genug belastet.

Bundesminister Özdemir ist nun am Zug. Jetzt heißt es: Schnell reagieren, dass die Landwirte davon profitieren!

Lichtmesstag

Lichtmess - Früher war der Tag ein wichtiges Ereignis im Bauernjahr. Die Knechte und Mägde erhielten ihren Jahreslohn und ihnen wurde mitgeteilt, ob sich ihr Dienstverhältnis auf ein weiteres Jahr verlängert oder nicht.

Die Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf haben am 2. Februar ihren traditionellen „Lichtmesstag“ veranstaltet um Informationen und Impulse für landwirtschaftliche Betriebe zu geben.

Bei einer Podiumsdiskussion mit hochkarätigen Experten dürfte ich die europapolitische Komponente ausführlich beleuchten. Thema: Wertschöpfungspotenziale aus unserem Boden und wie die EU den Rahmen steckt.

Es ist immer wieder schön nach Triesdorf zu kommen! So viel Wissen, Interesse und Zukunft steckt in diesem Ort!

CSU-Bezirksvorstandssitzung in Bad Windsheim

Am 3. Februar fand unsere CSU-Bezirksvorstandssitzung in Bad Windsheim statt. Unser Hauptthema war die Europawahl im Juni. Mittelfranken hat mit Konrad Körner einen engagierten und versierten Spitzenkandidaten. Ihm gilt unsere volle Unterstützung für den anstehenden Wahlkampf. Dazu hatten wir gute Diskussionen und Ergebnisse.

Keine Partei kann die Interessen Bayerns in Europa besser vertreten als die CSU!

Europa und Franken

Europapolitik findet nicht nur in Brüssel oder Straßburg statt. Auch mitten in Franken!

Am 4. Februar habe ich zusammen mit dem CSU-Ortsverband Laufamholz einen Europa-Frühshoppen organisiert. Bei Weißwürsten und Brezen habe ich die Gäste über die aktuellen Ereignisse im EU-Parlament und über die bevorstehende EU-Wahl im Juni informiert.

Es ist immer wieder motivierend wie engagiert die interessierten Zuhörer Fragen stellen und voll bei Sache sind.

Spielwarenmesse in Nürnberg

Die größte Spielwarenmesse der Welt findet jedes Jahr in Nürnberg statt. Der Deutsche Verband der Spielwarenindustrie hatte mich letzte Woche zum Rundgang über die Messe eingeladen. Wir haben uns neue Trends angeschaut und wie die Produzenten und Hersteller mit politischen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Trends umgehen und diese umsetzen. Natürlich haben wir auch Halt bei heimischen Produzenten gemacht, die standen für mich im Fokus.

Von der Leyen stoppt Gesetz

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wird den Vorschlag gegen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zurückziehen. Die EU geht damit einen Schritt auf Landwirte zu!

Seit Wochen protestieren Landwirte in Deutschland aber auch in anderen Ländern Europas gegen die Agrar-Politik. Denn unsere Bauernfamilien fühlen sich durch immer mehr Auflagen stark unter Druck gesetzt. Berufliche und praktische Erfahrung spielen gefühlt bei politischen Entscheidungen eine immer geringere Rolle. Deshalb ist diese Entscheidung sehr hoch einzuordnen.

Wenn die EU-Kommission einen neuen Vorschlag vorlegen sollte, soll dieser im Austausch mit den Betroffenen und nicht ohne sie erstellt werden.

Wir als EVP-Fraktion stehen auf der Seite der Landwirte. Denn unsere Bauern in der gesamten EU leisten großartiges für uns! Sie fachlich begleiten und fördern statt behindern! Das ist unser Motto!

Herzengangelegenheiten

Amitié franco-allemande: Tag der deutsch-französischen Freundschaft

Die deutsch-französischen Beziehungen sind der Grundstein der Europäischen Einigung. Am Tag der deutsch-französischen Freundschaft am 22. Januar feiern wir sie im Besonderen.

Lasst uns daran erinnern, dass durch Zusammenarbeit und Verständnis Grenzen überwunden werden können. Europa ist vereint in Vielfalt. Das macht unsere große europäische Gemeinschaft aus.

Gedenktag für die Opfer des Holocaust

Wir gedenken jedes Jahr am 27. Januar der Opfer des Holocausts und erinnern uns an unsere schmerzhafteste Vergangenheit, die wir niemals vergessen dürfen.

Der Internationale Tag für die Opfer des Holocaust ist eine Gelegenheit, um gemeinsam aktiv gegen Hass und Diskriminierung einzutreten.

Lasst uns für Toleranz, Respekt und Menschlichkeit eintreten, damit solche Grausamkeiten nie wieder geschehen.

Gemeinsam tragen wir Verantwortung, die Erinnerung an die Opfer zu bewahren und aus der Geschichte zu lernen. Auch wenn es in Zeiten wie diesen schwer fällt, daran zu glauben, dürfen wir niemals aufgeben.

Gesucht: Interessierte Höfe für den Girls' Day

Der Girls' Day - Ein Tag, an dem Mädchen in Berufe reinschnuppern können, in denen der Frauenanteil unter 40% liegt. So auch in der Landwirtschaft. Im Ausbildungsberuf Landwirt/in steigt der Anteil von Frauen zwar seit Jahren an, liegt aber immer noch bei nur einem Fünftel.

Deshalb werden landwirtschaftliche Betriebe gesucht, die am Girls' Day, der dieses Jahr am 25. April 2024 stattfindet, ihre Höfe und Tore öffnen und für die Ausbildung zur Landwirtin zu werben.

Liebe Landwirte: Meldet jetzt euren Betrieb auf der Homepage des Girls' Day an. Der Link ist: www.girls-day.de

Zeigt den Mädels, was der Beruf alles zu bieten hat! Auf das es bald weitere tolle Landfrauen gibt!

Weltkrebstag am 3. Februar

Der Weltkrebstag erinnert uns daran, dass wir vereint sind im Streben nach Heilung, Unterstützung und Prävention. Es ist eines der Hauptziele der EU, den Krebs zu besiegen.

Meine Hochachtung gilt all denen, die gegen den Krebs kämpfen - die Kämpferinnen und Kämpfer, ihre Familien und Angehörigen. Euer Mut und eure Stärke sind Inspiration für uns alle. Schaffen wir gemeinsam ein Bewusstsein für die bösartige Krankheit. Jeder kann etwas tun, sei es durch Vorsorgeuntersuchungen, gesunde Lebensweisen oder Unterstützung von Organisationen, die im Kampf gegen Krebs tätig sind.

Lesenswert

EU-Kommunal

Lesen Sie in der [EU-Kommunal](#) immer die aktuellen Nachrichten für Kommunen aus und für Europa.

Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der [Brüsseler Notizen](#) der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Briver Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Marlene Rühlemann

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.